

Die Vorsitzende des
Gesundheitsausschusses
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3317
Telefax (0611) 31-3902
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Sachbearbeiter: Herr Neubert
Wiesbaden, 12. Januar 2005

1. Den Mitgliedern des
Gesundheitsausschusses
2. Den Fraktionen bzw. Fraktionsstatusinhabern
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

**zur öffentlichen Sitzung
des Gesundheitsausschusses
am Dienstag, 18.01.2005, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden**

-Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt.-

Tagesordnung

1. Vorstellung des Materialkoffers zum Thema Gesundheitsfürsorge

ANLAGE

2. **04-V-82-0012** **DL 40/04-15**

II. Quartalsbericht 2004 nach § 21 des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes der
Kurbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

3. **04-V-05-0013** **DL 41/04-1**

Kapitaleinlage bei der HSK Rhein-Main GmbH

4. 04-A-17-0005

Reinigung von Bioabfallbehälter

ANLAGE

5. 04-F-03-0050

Lebensmittelüberwachung in Wiesbaden

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 14.6.2004 -

ANLAGE

6. 04-F-03-0103

Sanierung von Wasserleitungen in Schulen

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 24.11.2004

Der Magistrat möge berichten,

inwieweit die novellierte Trinkwasserverordnung für die Sanierung der Wasserleitungen in Schulen neue Handlungsnotwendigkeiten schafft.

7. 05-F-03-0004

Busverbindungen für die Kliniken im Aukammtal

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.01.2005 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- zu prüfen ob es zutrifft, dass derzeit nicht sichergestellt ist, dass Krankenhausangestellte, die an Sonn- und Feiertagen Schicht arbeiten, ihre Arbeitsstellen an Wiesbadener Krankenhäusern pünktlich zum Dienstbeginn, der bereits um 6:00 Uhr sein kann, mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen und auch andere Probleme der Erreichbarkeit gegeben sind, die Angestellte davon abhalten öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen.
- falls die geschilderten Probleme bestehen, ESWE aufzufordern unter Hinzuziehung der Betriebsräte der Krankenhäuser im Aukamm (DKD und Aukammklinik) Kontakt aufzunehmen, um den Fahrplan des ÖPNV den Bedürfnissen der dort Arbeitenden anzupassen und damit die Missstände zu beheben.

8. 05-F-03-0005

Epoxidharz zur Reparatur von Trinkwasserleitungen

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 06.01.2005 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zu berichten,

- warum er dem vom Verwaltungsgericht vorgeschlagenen Vergleich, der den Einsatz von Epoxidharz zur Sanierung von Trinkwasserleitungen erlaubt, zugestimmt hat, obwohl das Bundesumweltamt und Verbraucherschutzorganisationen diesen Kunststoff für gesundheitlich bedenklich halten und das Gesundheitsamt Wiesbaden deshalb im Dezember 2003 mit „voller Unterstützung“ des Hessischen Sozialministeriums ein Nutzungsverbot für den Trinkwasserkonsum in einem Mehrfamilienhaus erlassen hatte.
- ob er der Meinung ist, dass die Zustimmung zum Vergleich vorausschauendem Handeln entspricht, nachdem die Trinkwasserkommission des Bundesumweltamtes aufgrund der Wiesbadener Gerichtsentscheidung ihre Bedenken gegenüber dem Stoff Epoxidharz erneuert und angekündigt hat eine neue rechtliche Argumentation für Gesundheitsämter zu erarbeiten.

9. 05-F-03-0006

Stationäre psychiatrische Versorgung in Wiesbaden

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.01.2005 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zu berichten,

- warum die Horst-Schmidt-Kliniken (HSK) sich abweichend von bisherigen Vereinbarungen entschieden haben 90 der 160 Psychatriebetten in Wiesbaden selbst anzubieten.
- ob dieses Angebot der HSK, sofern es von der Krankenhauskonferenz angenommen wird*, Auswirkungen auf die Entwicklung und den Erhalt des Psychiatriestandortes Eichberg entfalten könnte, bzw. welche betriebswirtschaftlichen Vorteile das Angebot für die HSK erwarten lässt.
- Welche Konsequenzen die beiden Alternativen - eigene Landeswohlfahrtsverbands (LWV)-Psychiatrie in Wiesbaden oder Übernahme des Großteils der Betten durch die HSK - jeweils für
- die Beschäftigten der Kliniken (HSK und LWV/Eichberg) und
- die betroffenen Patienten

haben.

**(tagt oder tagte Mitte Januar 2005)*

10. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kopp
Vorsitzende